



DRINGLICHKEITSANTRAG AN DEN GEMEINDERAT ZUR SITZUNG AM 5. MÄRZ 2010

Gegenstand: Verhandlung mit dem Stift Klosterneuburg zur Öffnung des Stiftsgartens – Bereich Orangerie für die Bevölkerung

Sachverhalt

- Klosterneuburg ist in Bezug auf öffentlich zugänglichen, innerstädtischen Grünraum – besonders in Bereichen des verdichteten Wohnbaus, unterausgestattet.
- Der Stadtplatz kann auch nach seinem Umbau nicht als innerstädtische, zum Verweilen einladende Ruhezone betrachtet werden, auch das Verkehrsaufkommen auf dem Rathausplatz mit der Vielzahl an ein- und ausparkenden Fahrzeugen erfüllt diesen Zweck nicht.
- Die Naherholungsgebiete jenseits der Bahn sind vor allem für ältere (auch mobilitätsbehinderte) MitbürgerInnen weder besonders geeignet noch besonders gut erreichbar.
- Eine Öffnung des Parkareals östlich des Stifts wäre vor allem für ältere MitbürgerInnen als Steigerung der Lebensqualität durch leichte Erreichbarkeit eines verkehrsgeschützten Grünraumes zu werten. Die dadurch dokumentierte Volksnähe würde sowohl das Chorherrenstift als auch die Stadtgemeinde in den Augen der Öffentlichkeit aufwerten und steigert die Attraktivität eines Stiftsbesuches.
- Eine historische Klammer: Noch bevor der Prater von der kaiserlichen Familie im Jahr 1560 als Jagdgebiet genutzt wurde, war das Gebiet in klösterlichem und geistlichem Besitz. Freien Zugang hatte die Öffentlichkeit erst ab 1766, als Joseph II. den Prater als Naherholungsgebiet auch den Wiener BürgerInnen zur Verfügung stellte. Der Burggarten war bis zum Jahr 1918 nur der privaten Nutzung durch die kaiserliche Familie vorbehalten und wurde dann öffentlich zugänglich gemacht. Eine solche Tradition gilt es fortzusetzen!

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bürgermeister tritt an die verantwortlichen Stellen des Chorherrenstifts Klosterneuburg heran, um Bedingungen der Öffnung des Parkareals östlich des Stifts zu verhandeln und gegebenenfalls zu vereinbaren.

Begründung der Dringlichkeit

Seitens der Bevölkerung werden immer lauter Forderungen nach leicht erreichbaren Grünöasen laut. Die praktisch ausschließlich am Kfz-Verkehr orientierte Mobilitätspolitik macht es vor allem älteren Menschen schwer, ihre sozialen Bedürfnisse nach Orten der Begegnung in geschützten Grünbereichen des innerstädtischen Öffentlichen Raumes zu erfüllen.